

**Quelle:** Otto Schmuck (Hrsg.): *Die Menschen für Europa gewinnen – Für ein Europa der Bürger*, In memoriam Claus Schöndube, Bad-Marienberg 2008, S. 93-114.

Die Publikation ist beim Europa-Haus Marienberg und beim Sekretariat der Europa-Union Deutschland erhältlich.

## **Der Beitrag der Europäischen Föderalisten zum Einigungsprozess**

Sergio Pistone und Otto Schmuck

### **1. Friedenssicherung als Mobilisierungsfaktor nach dem Zweiten Weltkrieg**

Die Idee der europäischen Einigung ist wesentlich älter als die europäischen Organisationen, wie wir sie heute kennen. Philosophen und Schriftsteller, wie Immanuel Kant, Victor Hugo, Thomas Mann oder auch Kurt Tucholsky, haben sich in ihren Werken vielfach zum Ziel eines geeinten Europa bekannt.<sup>1</sup> Doch waren diese Ideen zunächst auf wenige Vordenker begrenzt. Erst die Schrecken der beiden Weltkriege haben dafür gesorgt, dass sich ein größerer Kreis von politisch interessierten Menschen für die Einigung Europas eingesetzt hat. Wesentliches Motiv war dabei die Friedenssicherung. Heute hat der europäische Einigungsgedanke für die in Europa lebenden Bürgerinnen und Bürger eine außerordentlich große Anziehungskraft.

Die Befürworter der europäischen Einigung waren durch die schrecklichen Erfahrungen der beiden Weltkriege zu der Überzeugung gelangt, dass der Friede für künftige Generationen nur durch die Überwindung des Chaos der uneingeschränkt souveränen Nationalstaaten gesichert

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu u.a. Claus Schöndube und Christel Ruppert: *Eine Idee setzt sich durch. Der Weg zum vereinigten Europa*, Hangelar bei Bonn, 1964; Rolf Hellmut Foerster: *Die Idee Europa 1300-1946. Quellen zur Geschichte der politischen Einigung*, München 1963; Günter Gehl, *Europa. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft*, 2. Aufl., Saarbrücken 1989; Adolf Schröder: *„Völker Europas findet euch selbst!“ – Beiträge zur Ideengeschichte der Europabewegung in Deutschland*, Oldenburg 2007.

werden könne. Die Staaten sollten sich zu einem europäischen Bundesstaat zusammenschließen, der durch seinen föderalen und demokratisch-parlamentarischen Aufbau zugleich unnötige Machtkonzentration verhindert und die Eigenarten seiner Völker wie auch ihre kulturelle Vielfalt erhält.

Die Anhänger eines föderalen Europas gewannen bereits nach dem Ende des Ersten Weltkriegs an Bedeutung. 1923 wandte sich Richard Graf von Coudenhove-Kalergi mit seinem „Paneuropäischen Manifest“ an eine breitere Öffentlichkeit und warb für die Idee eines dauerhaften europäischen Friedenssystems, verbunden mit einer europäischen Zollunion. Vor allem in der Schweiz fand die Idee Unterstützung. Dort haben sich zwischen 1932 und 1934 in verschiedenen Kantonen Gruppen gebildet, die sich für eine föderale Einheit Europas einsetzten. Am 24. Juni 1934 wurde dort eine „Europa Union“ gegründet. Im August 1938 trafen auch in London Vertreter der europäischen Einigungsidee zusammen und gründeten eine Gruppe, die sich später „Federal Union“ nannte. Sie hatte um 1940 mehr als 1.000 Mitglieder.

Im Zweiten Weltkrieg sahen Widerstandskreise im Konzept eines vereinten föderalen Europa eine Chance für eine stabile Nachkriegsordnung. In Frankreich gründete sich im Dezember 1941 eine Gruppe mit dem Namen "Combat", die auch eine illegale Zeitung mit dem gleichen Namen herausgab, in der als Ziel die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa gefordert wurde.

Im Juli 1941 verfassten die beiden Italiener Alerio Spinelli und Ernesto Rossi auf der italienischen Verbannunginsel Ventotene ihr berühmt gewordenes „Manifest von Ventotene“, das rasch Verbreitung fand.<sup>2</sup> Im Mai 1944 fand in Genf ein Treffen von Widerstandskämpfern statt. Dort wurde eine Deklaration zugunsten einer europäischen Föderation verfasst, die von den Ideen Alerio Spinellis und Ernesto Rossis beeinflusst war. Anlässlich des Zusammenschlusses französischer Widerstandsgruppen im Juni 1944 unter dem Namen "Comité Français pour la Fédération Européenne" wurde eine Erklärung veröffentlicht, die auf die Notwendigkeit einer europäischen Föderation hinwies.

---

<sup>2</sup> Altiero Spinelli und Ernesto Rossi: The Ventotene Manifesto, Padua 1988.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges gewann die europäische Einigungsidee deutlich an Boden. Was zuvor noch geheim in konspirativen Kreisen diskutiert wurde, konnte nunmehr in öffentlichen Veranstaltungen und Kongressen vorgetragen und beraten werden. Ein Meilenstein in dieser Entwicklung war ein Treffen im September 1946 in Hertenstein in der Schweiz. Auf Einladung der dortigen „Europa-Union“ kamen europäische Föderalisten aus 14 europäischen Ländern am Vierwaldstättersee zusammen und verabschiedeten zwölf Thesen, die seither als Hertensteiner Programm Grundlage für die Arbeit der europäischen Föderalisten wurden (siehe nachfolgenden Kasten).

In die gleiche Zeit fiel auch eine viel beachtete Rede von Winston Churchill in der Universität Zürich. Am 19. September 1946 plädierte Churchill für ein geeintes Europa, das jedoch auf der Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Staaten und Regierungen beruhen sollte. Am Ende seiner Rede stellte Churchill zudem klar, dass das Vereinigte Königreich dem europäischen Zusammenschluss nicht angehören sollte, jedoch bereit war, ihn nach Möglichkeit zu fördern.

Im Mai 1948 verabschiedeten herausragende Persönlichkeiten aus vielen europäischen Ländern beim ersten Haager Kongress der Europäischen Bewegung eine Resolution, in der es als vordringliche Pflicht der europäischen Nationen bezeichnet wird, "sich zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit zusammenzuschließen, die für die Sicherheit und für den sozialen Fortschritt bürgt". Die Zeit sei gekommen, zu der die europäischen Nationen einen Teil ihrer Souveränitätsrechte übertragen müssten. Die Schaffung eines vereinten Europas stelle zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung einer geeinten Welt dar.

Der Überzeugungskraft dieser Argumente konnten sich die handelnden Politiker in Europa nicht länger verschließen: Im Mai 1949 nahm der auf die Zusammenarbeit der Regierungen gegründete Europarat seine Arbeit auf. Damit war der Startschuss für die praktische Phase der europäischen Einigung gegeben, dem viele weitere Etappen folgten.

### **Das Hertensteiner Programm vom 21. September 1946**

1. Eine auf föderativer Grundlage errichtete, europäische Gemeinschaft ist ein notwendiger und wesentlicher Bestandteil jeder wirklichen Weltunion.
2. Entsprechend den föderalistischen Grundsätzen, die den demokratischen Aufbau von unten nach oben verlangen, soll die europäische Völkergemeinschaft die Streitigkeiten, die zwischen ihren Mitgliedern entstehen könnten, selbst schlichten.
3. Die Europäische Union fügt sich in die Organisation der Vereinten Nationen ein und bildet eine regionale Körperschaft im Sinne des Artikels 52 der Charta.
4. Die Mitglieder der Europäischen Union übertragen einen Teil ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Souveränitätsrechte an die von ihnen gebildete Föderation.
5. Die Europäische Union steht allen Völkern europäischer Wesensart, die ihre Grundsätze anerkennen, zum Beitritt offen.
6. Die Europäische Union setzt die Rechte und Pflichten ihrer Bürger in der Erklärung der Europäischen Bürgerrechte fest.
7. Diese Erklärung beruht auf der Achtung vor dem Menschen, in seiner Verantwortung gegenüber den verschiedenen Gemeinschaften, denen er angehört.
8. Die Europäische Union sorgt für den planmäßigen Wiederaufbau und für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit sowie dafür, dass der technische Fortschritt nur im Dienste der Menschheit verwendet wird.
9. Die Europäische Union richtet sich gegen niemand und verzichtet auf jede Machtpolitik, lehnt es aber auch ab, Werkzeug irgendeiner fremden Macht zu sein.
10. Im Rahmen der Europäischen Union sind regionale Unterverbände, die auf freier Übereinkunft beruhen, zulässig und sogar wünschenswert.
11. Nur die Europäische Union wird dazu in der Lage sein, die Unversehrtheit des Gebiets und die Bewahrung der Eigenheit aller ihrer Völker, der großen wie der kleinen, zu sichern.
12. Durch den Beweis, dass es seine Schicksalsfragen im Geiste des Föderalismus selbst lösen kann, soll Europa seinen Beitrag zum Wiederaufbau und zu einem Weltbund der Völker leisten.

Quelle: [http://www.europa.ch/Files/pdf/hertensteiner%20programm\\_de.pdf](http://www.europa.ch/Files/pdf/hertensteiner%20programm_de.pdf)

## 2. Zielsetzungen und Organisationsstrukturen<sup>3</sup>

Wie der vorstehende Überblick gezeigt hat, haben sich während und verstärkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Bürgerinnen und Bürger engagiert für das friedliche Zusammenwachsen des Kontinents eingesetzt.

Bei der Diskussion um die politische Gestalt Europas wurde immer wieder auf bestimmte europapolitische Leitbilder Bezug genommen, die vor dem jeweiligen nationalen politischen und kulturellen Hintergrund der handelnden Personen zu sehen sind. Besonders bedeutsam war und ist hierbei bis heute der Gegensatz zwischen "föderalistischen" und "intergouvernementalistischen" Leitbildern.

Föderalistische Vorstellungen zielen auf die Schaffung eines europäischen Bundesstaates nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland oder der Vereinigten Staaten von Amerika. Demgegenüber halten die „Intergouvernementalisten“ eine bloße Zusammenarbeit der Regierungen zur Lösung von Problemen für ausreichend. Kompetenzen verbleiben bei den Nationalstaaten, während die europäische Ebene nicht über eigene Zuständigkeiten und über demokratisch legitimierte Verfahren zur Entscheidung und Konfliktlösung verfügt.

In einem föderalen europäischen System ist die Gemeinschaftsebene hingegen mit eindeutig festgelegten Zuständigkeiten und mit funktionierenden Entscheidungsverfahren ausgestattet, bei denen dem Europäischen Parlament als dem einzigen vom Bürger für die EU-Ebene direkt legitimierten Organ zentrale Bedeutung zukommt. Daneben verfügen die Mitgliedstaaten ebenfalls weiterhin über eigene Zuständigkeiten und eigenständige demokratische Legitimation. Die Regionen können noch als dritte föderale Ebene hinzu kommen.

---

<sup>3</sup> Vgl. zu den nachfolgenden Ausführungen Karlheinz Koppe, Das grüne E setzt sich durch, 20 Jahre Europa Union Deutschland 1946-1966, Köln 1967; die Selbstdarstellung der Europa Union Deutschland in: <http://www.europa-union.de/index.php?id=1086> sowie die Selbstdarstellung der Union Europäischer Föderalisten in: [http://www.federaleurope.org/en/news/fileadmin/files\\_uf/typo3/fileadmin/files\\_uf/index.php?id=3562](http://www.federaleurope.org/en/news/fileadmin/files_uf/typo3/fileadmin/files_uf/index.php?id=3562).

Wesentlich in einem föderalen Modell ist, dass alle Ebenen gleichberechtigt an der Entscheidungsfindung mitwirken, wobei dem *Subsidiaritätsprinzip* zur Abgrenzung von Zuständigkeiten große Bedeutung zukommt. Dieses besagt, dass die jeweils „höhere“ Ebene nur diejenigen Aufgaben übernehmen darf, welche sie eindeutig besser ausfüllen kann als die „untere“. Dabei gilt die Regel, dass soviel wie möglich auf der unteren Ebene, soviel wie nötig auf der oberen geregelt werden soll.

Zur Durchsetzung dieser Ziele wurden von den Anhängern eines föderalen Europa hierzu zunächst in verschiedenen europäischen Staaten, im Dezember 1946 auch auf europäischer Ebene entsprechende Organisationen gegründet.

Zu unterscheiden sind dabei Organisationen, die sich ausschließlich dem Ziel der europäischen Einigung widmen, und Verbände, die vorrangig andere Ziele haben, dabei aber auch den Einigungsgedanken mittragen:

- Zur ersten Gruppe gehören u.a. in Deutschland und in der Schweiz die Europa Union, in Italien das Movimento Federalista Europeo, im Vereinigten Königreich der Federal Trust, wobei sich diese Gruppierungen auf europäischer Ebene zur Union der Europäischen Föderalisten (UEF) zusammengeschlossen haben. Die Vertreter dieser Gruppen bezeichnen sich selbst als europäische Föderalisten, da sie für das Ziel der Schaffung eines geeinten Europa auf einer föderalen Grundlage eintreten.
- Die in der zweiten Gruppe zusammengeschlossenen Verbände und Vereinigungen sind wesentlich zahlreicher, zugleich auch heterogener und im Hinblick auf den europäischen Aspekt weniger schlagkräftig. Zu ihr gehören u.a. Partnerschaftsverbände, Bildungseinrichtungen, Berufsvertretungen sowie auch Arbeitgebervertretungen, Gewerkschaften sowie Sportverbände. All diese Gruppierungen haben sich unter dem Dach der „Europäischen Bewegung“ ebenfalls auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene zusammengeschlossen.

Die Europäische Bewegung ist somit eine Dachorganisation, der unterschiedliche Verbände und Vereinigungen angehören, denen das Ziel der europäischen Einigung gemeinsam ist. Innerhalb der Europäischen Bewegung kommt den Föderalisten – in der EU der UEF, in

Deutschland der Europa Union – eine besondere Bedeutung zu, da sie im Hinblick auf die Weiterentwicklung der europäischen Einigung besonders engagiert sind.

Zu den wesentlichen Zielen der Europäischen Föderalisten wie auch der Europäischen Bewegung insgesamt gehörte die Abschaffung der Grenzen zwischen den europäischen Staaten, die Einführung einer europäischen Währung, die direkte Wahl und auch die institutionelle Stärkung des Europäischen Parlaments, die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, die Verabschiedung europäischer Grund- und Menschenrechte sowie die Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Alle diese Ziele konnten in den zurück liegenden fünfzig Jahren zumindest teilweise erreicht werden.

Nicht realisiert werden konnte hingegen bislang die zentrale Forderung der Europäischen Föderalisten nach der Verwirklichung einer Verfassung zur Schaffung eines europäischen Bundesstaates. Gerade dieser Forderung kommt jedoch in ihrer Vorstellungswelt ein zentraler Stellenwert zu, da eine geschriebene Verfassung als Grundlage für das friedliche Zusammenleben der europäischen Völker gesehen wird und ihr zudem erhebliche Symbolkraft zugebilligt wird.

Heute, mehr als 60 Jahre nach ihrer Gründung, sind in der UEF föderalistische Bewegungen aus den folgenden 18 europäischen Ländern zusammen geschlossen: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Tschechische Republik, Polen, Bulgarien und Rumänien, Norwegen und die Schweiz. Hinzu kommt die grenzüberschreitende Gruppe "Europäische Gemeinschaft" in Brüssel.

Die UEF organisiert jedes zweite Jahr einen europäischen Kongress mit Delegierten der nationalen Mitgliedsverbände. Der Bundesausschuss („Comité Fédérale“) kommt zweimal im Jahr zusammen. Dazwischen tagt der Vorstand und bereitet die Beschlüsse vor. Das Europäische Sekretariat der UEF befindet sich in Brüssel. Mercedes Bresso, Präsidentin der italienischen Region Piemont, ist seit April 2005 UEF-Präsidentin.

Von den Mitgliedsorganisationen der UEF sind zwei von besonderer Bedeutung. Die italienische Movimento Federalista Italia (MFE) ist, ohne dass eine feste Mitgliederstruktur vorhanden wäre, dazu in der Lage, zahlreiche Menschen in Unterschriftenaktionen und Demonstrationen für

europäische Ziele zu mobilisieren. Die Europa-Union Deutschland ist hingegen die mitgliederstärkste nationale Organisation der UEF mit rund 16.000 Mitgliedern. Zu diesen gehören traditionell zahlreiche politische Mandatsträger der verschiedenen politischen Ebenen. Weitere bedeutende Mitgliedsorganisationen der UEF bestehen in Österreich, in der Schweiz, in den Niederlanden, in Belgien sowie im Vereinigten Königreich. Nach den demokratischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa gelang es auch, entsprechende Aktivitäten in Polen, in Ungarn und in Rumänien zu entwickeln. Doch sind die dort vorhandenen Strukturen häufig von einzelnen Personen abhängig und punktuell.

Die Bedeutung der Europäischen Bewegung als Dachorganisation und der föderalistischen Verbände auf der nationalen und auf der europäischen Ebene wurde und wird dadurch gesteigert, dass sie in der Praxis eng zusammenarbeiteten, sich in einigen Fällen sogar zusammengeschlossen haben. Zudem wurden in einer Reihe von Fällen weitere, eng mit diesen verbundene Organisationen gegründet, die mit dem Ziel der Förderung der europäischen Einigung in unterschiedliche Lebensbereiche hineinwirken:

- Für jüngere europäische Aktivisten wurde im September 1949 auf der Wachenburg bei Weinheim der Bund Europäischer Jugend gegründet, der sich später in Junge Europäische Föderalisten (JEF) umbenannte und bis heute europapolitisch sehr aktiv ist.
- Studentenorganisationen - so beispielsweise die über den EU-Rahmen hinaus wirkende Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales (AIESEC) unterstützen im universitären Bereich die Zusammenarbeit von Studentinnen und Studenten, organisieren Austauschmaßnahmen und organisieren Praktika im Ausland.
- Das bereits 1950 gegründete Europa-Haus Marienberg wurde als Bildungs- und Begegnungsstätte für Menschen aus ganz Europa konzipiert. Zahlreiche weitere europäische Bildungseinrichtungen folgten. So wurde am 7. Juni 1957 das „Karl-Brunner Europahaus“ in Neumarkt als erstes österreichisches Europahaus eröffnet. 56 Europahäuser und Europäische Akademien aus 18 Ländern Europas haben sich im „European Network for Education and Training e.V.“ zusammengeschlossen.



- Im Europäischen Erzieherbund treffen sich Lehrerinnen und Lehrer der verschiedenen Schultypen, tauschen Erfahrungen aus und organisierten Fortbildungsmaßnahmen.
- Die Europa Union Deutschland gründete bereits im Jahr 1969 das Europäische Bildungswerk, aus dem 1973 das Institut für Europäische Politik (IEP) hervorgegangen ist. Dieses Institut führt Forschungsprojekte zu europäischen Themen durch, organisiert Diskussionsveranstaltungen und bietet den Entscheidungsträgern praxisnahe Beratung an. Das IEP gibt regelmäßig das „Jahrbuch der Europäischen Integration“ sowie die Vierteljahreszeitschrift „Integration“ heraus.
- Über viele Jahrzehnte hinweg bot darüber hinaus der Europa Union Verlag in Deutschland lag die Möglichkeit der Publikation von europarelevanten Druckerzeugnissen, von denen für den Verband Europa Union die „Europäische Zeitung“ als Mitgliederzeitschrift von besonderer Bedeutung war. Nach der Auflösung des Verlags wird nunmehr die Publikation „Europa aktiv“ im Selbstverlag heraus gegeben.

### **3. Entstehung und Entwicklung der Europa Union Deutschland**

Auch deutsche Föderalisten hatten zu den UEF-Veranstaltungen der Nachkriegsjahre Einladungen bekommen. Doch konnten sie nicht teilnehmen, weil sie in der ersten Nachkriegszeit von den Besatzungsbehörden keine Reisegenehmigung bekamen. Ausnahmen waren lediglich einige im Schweizer Exil lebende Deutsche. Obwohl also die deutschen "Europäer" zunächst nicht an den UEF-Konferenzen teilnehmen konnten, waren sie schon bald nach dem Krieg aktiv.

In zahlreichen Orten der westlichen Besatzungszonen - insbesondere in der britischen - wurden unmittelbar nach dem Kriegsende unter verschiedenen Namen Gruppen gebildet, die sich alle die Einigung Europas zum Ziel gesetzt hatten. Doch auch innerhalb der Besatzungszonen war es nicht leicht zu reisen, und daher hatten diese Gruppen zunächst wenig Kontakt untereinander.

Schließlich gelang es, am 9. Dezember 1946 Syke bei Bremen ein erstes größeres Treffen durchzuführen, an dem die wichtigsten örtlichen Euro-

pa-Gruppen teilnahmen. In Anlehnung an die schweizerische "Europa-Union" wurde dabei auch für die deutschen "Europäer" der Namen "Europa-Union" vorgeschlagen. Weitere Kundgebungen gab es in Duisburg, Köln, Kiel und Lübeck. In der sowjetischen Besatzungszone jedoch wurden alle Aktivitäten der Europa-Union und anderer Europa-Verbände verboten. Der erste Kongress der Europa-Union fand schließlich im Juni 1947 in Eutin statt, an dem bereits 200 Delegierte von 50 lokalen und regionalen Gruppen teilnahmen.

Im November 1947, nachdem sich weitere föderalistische Gruppen in Deutschland der Europa-Union Deutschland angeschlossen hatten, wurde die Europa-Union Mitglied der UEF. Sie ist damit die deutsche Sektion der Union Europäischer Föderalisten.

Der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung, die heutige Europäische Bewegung Deutschland, wurde 1949 in Wiesbaden gegründet, Die Europa-Union war Gründungsmitglied und ist bis heute treibende Kraft.

Nach dem Europa-Union Kongress von Eutin fand im Mai 1949 der 1. Ordentliche Kongress der Europa-Union in Hamburg statt. Auf diesem Kongress wurde der Publizist Eugen Kogon als Präsident der Europa-Union gewählt. Seine Nachfolger waren der Publizist Ernst Friedländer (1954-1957), der Bankier Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim (1957-1973), der Journalist Theo M. Loch (1973-1980), der Altbundespräsident Walter Scheel (1980-1989), der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Egon A. Klepsch (1989-1997) und der Europaabgeordnete Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering (1997-1999). Von 1999-2007 übte Elmar Brok MdEP das Amt des Präsidenten der Europa-Union Deutschland aus. Danach folgte das Mitglied des Deutschen Bundestages Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium.

Claus Schöndube gehörte in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der UEF über lange Jahre hinweg dem Präsidium der Europa-Union Deutschland an und war Mitherausgeber der Mitgliederzeitschrift „Europäische Zeitung“.

#### **4. Die europäische Ebene: Aktivitäten der UEF im Rückblick<sup>4</sup>**

Die an einer stabilen Nachkriegsordnung in Europa auf einer föderalen Grundlage interessierten Kräfte waren sich bewusst, dass auch auf der europäischen Ebene eine funktionsfähige Organisation notwendig war, um ihre Ziele zu erreichen. Im Dezember 1946 gründeten sie deshalb in Paris die Union Europäischer Föderalisten (UEF). Ziele waren die Koordination und Intensivierung der Aktivitäten der einzelnen Bewegungen in den europäischen Staaten und die Schaffung einer föderalistischen Struktur. Bei diesem Gründungstreffen waren Italiener, Franzosen und Niederländer besonders stark vertreten. Damals hatten Teilnehmer aus Deutschland kaum die Möglichkeit, sich an Aktivitäten außerhalb ihres besetzten Landes zu beteiligen.

In dieser Anfangsphase der UEF wurden bereits die wesentlichen Prinzipien für das künftige Europa herausgearbeitet. Zentral war dabei die eindeutige Entscheidung für den Föderalismus als Grundlage der Einigung Europas. Eine auf Dauer angelegte und demokratische europäische Einheit konnte demnach nur durch die Schaffung eines föderalen Europa vonstatten gehen kann. Die UEF sprach sich damit eindeutig gegen das Konzept von Winston Churchill einer Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Staaten und Regierungen aus. Seither ist das Bekenntnis zum föderalen Europa die Basis der Identität der UEF und ihrer nationalen Mitgliedsorganisationen.

Der erste internationale Kongress der UEF fand nach der Gründung vom 27. bis 31. August 1947 in Montreux statt. Er war geprägt von den Ideen des Schriftstellers Denis de Rougemont, des damaligen UEF-Präsidenten Henri Brugmans und des Generalsekretärs der UEF Alexandre Marc. Die in Montreux verabschiedeten Resolutionen über die Volkswirtschaft und allgemeine Politik zählen heute zu den historischen föderalistischen Dokumenten. Am Kongress nahmen Vertreter aus 16 Staaten sowie etwa 40 Gruppen aus Deutschland, Österreich, Luxemburg, den Niederlanden, der Schweiz, Großbritannien, Italien, Belgien und Frankreich teil.

---

<sup>4</sup> Die nachfolgenden Ausführungen sind eine deutsche Zusammenfassung des Beitrages „60 Years of the UEF“ von Sergio Pistone, in: U.E.F. Newsletter, Special Edition, Brüssel 2006, S. 2 - 12.

Bei nachfolgenden Treffen der UEF, von Bedeutung für die weitere Entwicklung war vor allem der Kongress in Den Haag vom 7. bis 10. Mai 1948, waren neben den Föderalisten auch Vertreter einer Regierungszusammenarbeit anwesend. Doch waren diese regelmäßig in der Minderzahl. Auch die nachfolgende Gründung der Europäischen Bewegung war nicht nur auf die Föderalisten begrenzt, sondern schloss alle Organisationen ein, die sich für die Einigung Europas einsetzten. In der Europäischen Bewegung gewann die föderale Strömung unter dem Vorsitz von Paul Henry Spaak 1950 jedoch stark an Bedeutung. Doch gab es daneben immer auch weiterhin Vertreter der Konföderalisten.

Kennzeichnend für das Denken der Föderalisten war auch das Bekenntnis, dass die Einigung Europas eine Vorstufe und ein Impuls sein sollte zur Einigung auf der Weltebene. Durch ein vereintes Europa in einer vereinten Welt sollte ein universales Friedenssystem geschaffen werden.

In dieser frühen Phase war auch die Überlegung weit verbreitet, dass ein friedliches und geeintes Europa eine vermittelnde Kraft zwischen den USA und der UdSSR sein könnte. Der erste UEF-Präsident und spätere Rektor des Europa-Kollegs Brügge, der Niederländer Hendrik Brugmans, wies darauf hin, dass die Herausbildung eines bipolaren Weltsystems die Konsequenz des Zusammenbruchs Europas gewesen sei. Europa müsse zu neuer Kraft finden und eine eigenständige Rolle spielen, um zu einer besseren Welt zu führen.

Heftig diskutiert wurde damals auch über die Strategie, die von der europäischen Bewegung eingeschlagen werden sollte, um das Ziel des geeinten Europas zu erreichen. Im Vordergrund stand dabei die Bedeutung der nationalen Regierungen. Diese können sowohl Förderer der europäischen Einigung sein, als auch ein entscheidendes Hindernis. Eine Gefahr wurde darin gesehen, dass sie die objektive Tendenz haben, ihre nationale Macht zu bewahren und somit die Verwirklichung einer europäischen Föderation, die diesen Namen auch tatsächlich verdient, zu verhindern.

Die Europäische Bewegung setzte darauf, eine föderalistische politische Kraft zu entwickeln, die unabhängig von Regierungen und politischen Parteien sein sollte. Diese Kraft sollte demokratischen Druck auf die Regierungen ausüben, um sie zur Unterstützung der europäischen Föderation zu bewegen.

Als Instrument zur Erreichung dieser Ziele wurde eine Konstituante, d.h. eine Verfassungsgebende Versammlung angesehen, ähnlich wie es in der Geschichte der Vereinigten Staaten die Philadelphia-Convention war. Diese Methode der europäischen Konstituante beruhte nach den Vorstellungen der Befürworter auf drei Prinzipien:

- In der Konstituante sind Vertreter der Bürger (die mehrheitlich die europäische Einigung unterstützen) und nicht der Regierungen (die vorrangig ihre nationale Souveränität verteidigen) vertreten.
- Abstimmungen erfolgen offen nach dem Prinzip der Mehrheitsabstimmungen, während Regierungskonferenzen geheim beraten und einstimmig entscheiden.
- Auch die abschließende Entscheidung über die Annahme der Verfassung sollte durch Mehrheitsabstimmungen erfolgen, das nationale Vetorecht sollte demnach keine Geltung haben.

Für diesen föderalen Weg gibt es gute Argumente. Die Europäischen Föderalisten können auf die Nachteile der Regierungszusammenarbeit hinweisen. Diese bestehen vor allem in dem Prinzip der Einstimmigkeit bei wesentlichen Fragen und im demokratischen Defizit der europäischen Ebene, das darauf beruht, dass nicht das Europäische Parlament oder die nationalen Parlamente, sondern die nationalen Regierungen das Sagen haben. Dies führt immer wieder zu kritischen Situationen in denen es darauf ankommt, die öffentliche Meinung für eine Fortsetzung des europäischen Einigungsweges zu mobilisieren.

### ***Die Kampagne für die Europäische Politische Gemeinschaft (1950 – 1954)***

In den frühen 50er Jahren war die Arbeit der UEF auf zwei Aspekte konzentriert: Zum einen wurde eine Kampagne für den europäischen föderalen Pakt organisiert. Ziel war es dabei, die Beratende Versammlung des Europarates (deren Gründung auf den Haager Kongress vom Mai 1948 zurück ging) zu einer europäischen Konstituante weiter zu entwickeln. Eine entsprechende Petition wurde damals von mehr als 500.000 italienischen Bürgerinnen und Bürgern, einem Drittel der damals rund 30.000 französischen Bürgermeister und in Deutschland in

einer Reihe von lokalen Volksabstimmungen (Breisach, Castrop-Rauxel, München, Bad Reichenhall und Traunstein) unterstützt.

Diese Kampagne war letztlich nicht erfolgreich, doch bereitete sie den Boden für die Forderung nach einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG). Diese Gemeinschaft stand im Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Beide Projekte wurden von wesentlichen Politikern der Mitgliedstaaten der kurz zuvor gegründeten Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterstützt. Die UEF setzte sich dafür ein, dass die Schaffung einer Politischen Union Voraussetzung für die Gründung einer europäischen Armee sein sollte. Die Parlamentarische Versammlung der EGKS arbeitete ein Gründungsdokument aus, das erkennbar föderale Züge trug und als Verfassung für die damalige Europäische Politische Gemeinschaft hätte gelten können. Das Projekt scheiterte jedoch daran, dass die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 beschloss, den entsprechenden Antrag von der Tagesordnung abzusetzen.

### ***Die Spaltung der UEF (1955 – 1963)***

Mit dem Scheitern von EVG/EPG war der europäische Einigungsweg keineswegs beendet. Im Gegenteil drängten die europäischen Föderalisten vehement auf Fortschritte. Vertreter der Mitgliedstaaten der EGKS einigten sich im Juni 1955 in Messina auf den EURATOM- und den EWG-Vertrag. Diese Verträge waren erkennbar auf pragmatische Problemlösung angelegt. Führende Protagonisten dieser Verträge, insbesondere Jean Monnet und Paul Henri Spaak vertraten jedoch die Überzeugung, dass die im Vordergrund stehende ökonomische Integration auch zu einer Stärkung der in den Verträgen enthaltenen föderalen Elemente führen würde. Im Vordergrund standen dabei die von den nationalen unabhängige Europäische Kommission, der Europäische Gerichtshof und das Europäische Parlament, dessen Direktwahl damals bereits vorgesehen war. Auch sollten im Ministerrat nach und nach Mehrheitsabstimmungen stattfinden.

Während dieser neuen Phase der europäischen Integration kam es zu einer Spaltung der Europäischen Bewegung. Eine zentrale Streitfrage war dabei die Einschätzung darüber, inwiefern die zu schaffende europäische Föderation primär - vielleicht sogar ausschließlich - von „unten“

von den Menschen des Kontinents erkämpft und getragen werden müsste, oder aber von „oben“ durch die Regierungen. Auf der einen Seite unterstützten deutsche, niederländische und auch französische Föderalisten einen pragmatischen Weg und waren überzeugt, dass es notwendig wäre, die föderalen Elemente der neuen Verträge für weitere Fortschritte zu nutzen. Dem gegenüber standen italienische, französische und belgische Föderalisten, geführt von Aliero Spinelli. Diese vertraten die Auffassung, dass die neuen Europäischen Gemeinschaften nicht dazu geeignet seien, im Hinblick auf die europäische Integration wesentliche Fortschritte zu bringen. Sie übten harte Kritik an dem Vorstoß der beteiligten Regierungen und setzten sich für die Wahl eines Kongresses des europäischen Volkes ein. Die Mitglieder dieses Kongresses sollten in den europäischen Städten und Gemeinden gewählt werden. Auch in Deutschland unterstützten einige Föderalisten, zu denen auch Claus Schöndube gehörte, diesen Kurs.

Diese Auffassungsunterschiede, nicht im Hinblick auf die anzustrebenden Ziele, sondern auf den strategischen Ansatz, führten zum Bruch in der UEF und zur Bildung von zwei Organisationen die bis 1973 getrennte Wege gingen. Die Vertreter der Brugmans-Friedländer-Linie, zu denen auch die deutsche Europa-Union gehörte, gründeten im Jahre 1956 das Aktionszentrum Europäischer Föderalisten (Action Européenne Fédéraliste - AEF). Die „Spinellisten“ formierten sich im Jahre 1959 im Mouvement Fédéraliste Européen (MFE).

Während die erste Gruppierung auf pragmatische Weiterentwicklung unter Einbeziehung der politischen Eliten setzte, traten die Spinellisten für Veranstaltungen der Massen und Kampagnen zur Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger ein. Zwischen 1957 und 1962 sammelten die Spinellisten 640.000 Unterschriften für den Kongress des europäischen Volkes und damit für eine europäische Konstituante.

### ***Europäische Direktwahlen und Neugründung der UEF (1964 – 1973)***

Nach 1964 näherten sich die europäischen föderalistischen Organisationen wieder an. Doch kam es erst 1973 zur Wiedervereinigung unter dem alten Namen UEF. Allmählich hatte sich die pragmatische Überzeugung durchgesetzt, dass sich ein föderaler Bundesstaat durch Veränderungen und Weiterentwicklungen der bestehenden europäischen Ge-

meinschaften herausbilden sollte und nicht durch den Zusammenbruch. Allerdings ging man nicht davon aus, dass diese Entwicklungen automatisch vonstatten gehen würden, sondern erkämpft werden müssten. Deswegen begannen die Föderalisten eine systematische und überzeugende Öffentlichkeitskampagne. Ausgangspunkt war dabei der Hinweis auf die bestehenden Defizite der damaligen EWG, insbesondere deren geringe Handlungsfähigkeit und die fehlenden demokratischen Mitwirkungsrechte.

Im Vordergrund stand dabei der Einsatz für die Direktwahl des Europäischen Parlaments. Eine entsprechende Regelung war bereits in den Gemeinschaftsverträgen von 1957 enthalten, doch hatten die nationalen Regierungen die Durchführung immer wieder hinausgezögert. Die europäischen Föderalisten erklärten die Direktwahl des Europäischen Parlaments zur zentralen Frage der demokratischen Legitimation der EG. Notwendig sei die Einbeziehung des europäischen Bürgers in den Integrationsprozess. Erwartet wurden auch Auswirkungen in anderen Bereichen, vor allem Hinblick auf die Herausbildung europäischer Parteien. Auch würde der Wahlkampf Gelegenheit geben, die föderalen Ziele zu verdeutlichen. Das zu wählende Europäische Parlament würde absehbar die Rolle einer permanenten Konstituante spielen.

Die Kampagne für die Europawahl, die in enger Zusammenarbeit zwischen UEF und Europäischer Bewegung durchgeführt wurde, war überaus erfolgreich. Damals gab es Grenzaktionen zwischen Deutschland und Frankreich, Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen sowie Demonstrationen von Tausenden von Menschen. Diese wurden zusammen mit den Jungen Europäischen Föderalisten organisiert und Gegengipfel genannt. Derartige Gegengipfel fanden 1967 in Rom, 1969 in Den Haag und 1972 in Paris in Zusammenhang mit den offiziellen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in diesen genannten Städten statt.

Die näher rückende Durchführung von Europawahlen bereitete auch den Boden für die Wiederannäherung der rivalisierenden Gruppierungen der europäischen Föderalisten. Bei einem Kongress in Brüssel vom 13. bis 15. April 1973 wurde die Neugründung der UEF beschlossen. Der Franzose Etienne Hirsch wurde zum ersten Präsidenten gewählt, Caterina Chizzola wurde Generalsekretärin. Seither arbeiten die Föderalisten aus



den verschiedenen europäischen Ländern wieder unter einem gemeinsamen Dach.

### ***Die Verfassungsinitiative von Altiero Spinelli und die Folgen (1981 – 1986)***

In den 70er Jahren konnten die Europäischen Föderalisten einen wesentlichen Beitrag zur Einführung von Europawahlen leisten. Nach einem Jahrzehnt kontinuierlicher Einflussnahme wurde der entsprechende Beschluss schließlich beim europäischen Gipfel in Paris im Dezember 1974 gefasst. Der Einsatz der Föderalisten war somit erfolgreich. Dies war ein Lichtblick in den 70er Jahren, denn damals steckte die Europäische Gemeinschaft in einer tiefen Krise, hervorgerufen auch durch währungspolitische Unsicherheiten und ökonomische Stagnation. Immer deutlicher wurde es, dass für eine erfolgreiche Fortsetzung des Integrationsprozesses die Einbeziehung der politischen Parteien und der öffentlichen Meinung von zentraler Bedeutung war.

Im Vorfeld der ersten Europawahlen führten die Europäischen Föderalisten zahlreiche Demonstrationen mit Tausenden von Teilnehmern durch, so in Rom im Dezember 1975 und in Brüssel im Juni 1976. Die UEF unterstützte nachdrücklich die Initiative des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt für ein europäisches Währungssystem. Dieses System sollte Währungsstabilität sichern und die Krise in der ökonomischen Integration überwinden.

Die ersten Europawahlen wurden schließlich im Juni 1979 durchgeführt und führten überall in der damaligen EG zu einem verstärkten europäischen Bewusstsein. In Deutschland wurden Direktwahlkomitees gegründet. Auf Länderebene wurden Beauftragte zur Durchführung der Europawahlen benannt. Einige von diesen wurden später zu Europaministern in ihren Ländern berufen.

Nach der ersten Europawahl 1979 sah die UEF ihr erstes Ziel darin, das Europäische Parlament in seiner verfassungsgebenden Rolle zu unterstützen. Hierbei ist hervorzuheben, dass Altiero Spinelli Mitglied im Europäischen Parlament wurde und sich dort mit viel Energie für das Projekt der Europäischen Verfassung einsetzte. Die UEF organisierte zahl-

reiche Aktionen zur Unterstützung des Verfassungsprojekts und mobilisierte Bürger, Parteien und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie lokale Vertreter. Ergebnis dieser vereinten Bemühungen war der Beschluss des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 1984 über den „Entwurf für eine Vertrag zur Gründung der Europäischen Union“. Dieser Vertragsentwurf enthielt wegweisende Vereinbarungen für ein föderales Europa.

In der Folge organisierte die UEF erneut mehrere Großdemonstrationen, um das Verfassungsprojekt zu unterstützen. Höhepunkt dabei war die Demonstration in Mailand mit 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die aus Anlass des Treffens des Europäischen Rates vom 28. und 29. Juni 1985 dort stattfand. Diese Aktion trug sicherlich mit dazu bei, dass der Europäische Rat entgegen seiner sonstigen Vorgehensweise gegen die Stimme des Vereinigten Königreichs die Einsetzung einer Regierungskonferenz beschloss, die den Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments prüfen sollte.

Der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments wurde bei dieser Regierungskonferenz von den Regierungsvertretern nicht angenommen. Doch wies der damalige Präsident der Kommission Jacques Delors später häufig darauf hin, dass die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger ein ganz wesentlicher Faktor in dem Prozess gewesen sei, der zur nachfolgenden Überarbeitung der vertraglichen Grundlagen der EG in Form der „Einheitlichen Europäischen Akte“ (EEA) führte.

### ***Einführung des EURO und die Aktionen zur europäischen Demokratie (1987 – 1996)***

Die Einheitliche Europäische Akte gab den Startschuss zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes im Jahre 1992. In einem Bericht der Kommission war deutlich gemacht worden, dass die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung ein wesentlicher Baustein im europäischen Binnenmarkt sei. Von Seiten der Europäischen Föderalisten wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass der Binnenmarkt von einer Politischen Union flankiert werden müsse. Diese Überlegungen führten 1992 zu einer erneuten Regierungskonferenz, deren Ergebnis der Vertrag von Maastricht war.

Dieser Maastrichter Vertrag war und ist in der Geschichte der europäischen Integration ein wesentlicher Meilenstein. Mit ihm erhielten die europäischen Gemeinschaften ein neues politisches Dach unter dem Namen „Europäische Union“. Zahlreiche neue Politikfelder wurden in die europäische Zusammenarbeit einbezogen: Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung, Innen- und Justizpolitik und vor allem die Wirtschafts- und Währungs politik. Außer im institutionellen Bereich waren Verbesserungen im Hinblick auf die Rechte des Europäischen Parlaments und auf die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat vereinbart worden.

Die UEF unter ihren damaligen Vorsitzenden John Pinder und Francesco Rossolillo startete eine Kampagne für die europäische Demokratie. Ziel war es dabei, eine europäische Föderation durchzusetzen auf der Grundlage einer demokratischen Konstituante. Daneben wurden folgende konkreten Forderungen vorgetragen:

- Überwindung des bestehenden Monopols der Regierungen im Hinblick auf Weiterentwicklungen der Gründungsverträge der EU,
- Herstellung eines Gleichklangs zwischen Erweiterung und Vertiefung der EU,
- Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission,
- Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat,
- völlige Abschaffung von Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

In Durchführung der Kampagne für Europäische Demokratie wurden Unterschriften für eine Petition an die europäischen Institutionen gesammelt. Darüber hinaus wurden Demonstrationen aus Anlass der halbjährlich stattfindenden Treffen des Europäischen Rates organisiert.

Im Rahmen der Kampagne für die Europäische Demokratie unterstützen die Europäischen Föderalisten auch die Einführung der europäischen Währung. Die größtmögliche Zahl von EU-Staaten sollte sich der Währungsunion anschließen. Überlegung war es dabei, dass die gemeinsame europäische Währung eine demokratische europäische Regierung notwendiger denn je machen würde.

### ***Die Kampagne für die Europäische Verfassung (1997 – 2006)***

1997 wurde Jo Leinen Präsident der UEF. Als Mitglied des Europäischen Parlaments, später auch Vorsitzender seines Konstitutionellen Ausschusses, setzte sich Leinen mit Nachdruck für die Verwirklichung der Europäischen Verfassung ein. Auf Initiative der UEF wurde beim Europäischen Parlament die Intergroup "Europäische Verfassung" eingerichtet, um die Idee der Europäischen Verfassung unter den Europa-abgeordneten voranzubringen und zu unterstützen. 138 MdEP bekundeten unter dem Vorsitz von Jo Leinen von Alain Lamassoure Interesse an der Mitgliedschaft in der Intergroup.

Die Forderung nach einer föderalen europäischen Verfassung und einer europäischen Konstituante war beim UEF-Kongress in Wien im April 1997 als zentrales Element der föderalen Strategie beschlossen worden. In diesem Rahmen organisierte die UEF ihre "Kampagne für eine Europäische Verfassung", die von etwa 100 MdEP und Tausenden europäischen Bürgern und Bürgerinnen unterzeichnet wurde. Ziel dieser Kampagne war es, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines alle europäischen Bürger und Bürgerinnen und deren gewählte Vertreter umfassenden demokratischen Prozesses zur Schaffung einer föderalistischen Verfassung deutlich zu machen. Die Mitgliedsorganisationen veranstalteten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene in ganz Europa Konferenzen, Diskussionen, Straßenaktionen sowie eine Verfassungskampagne für die Europawahlen vom Juni 1999.

Die UEF appellierte an die Parteien Europas, die Europäische Verfassung in ihr Wahlprogramm aufzunehmen. Die UEF hat zudem zur Einrichtung der „Federalist Voice“, einem Netzwerk aus 14 Organisationen der Zivilgesellschaft, beigetragen, um die Vernetzung der Zivilgesellschaft in der EU voranzubringen. Die Mitglieder dieses Zusammenschlusses arbeiteten gemeinsame Positionen aus und unterstützten den Europäischen Konvent.

Einer der Höhepunkte der Aktionen der UEF war die Demonstration vom 7. Dezember 2000 in Nizza. Aus Anlass des Treffens des Europäischen Rates dort demonstrierten 10.000 Menschen für die Europäische Verfassung. Kurze Zeit später reagierten die Regierungen auf diese Forderung mit der Einberufung des Europäischen Verfassungskonvent un-

ter der Leitung von Giscard d'Estaing. Die Zusammensetzung und auch die Aufgabenstellung dieses Konvents entsprachen weitgehend den Vorstellungen der Föderalisten für eine demokratische Konstituante. Die Mehrheit der Mitglieder stammte aus den nationalen Parlamenten und aus dem Europäischen Parlament. Die Treffen waren öffentlich, alle Dokumente wurden im Internet veröffentlicht und die Überlegungen der Zivilgesellschaft wurden in die Beratungen einbezogen.

Nach der Einsetzung des Europäischen Konvents im Februar 2002, der den Entwurf einer Europäischen Verfassung ausgearbeitet hat, leistete die UEF ihren Beitrag zur Arbeit des Konvents. In den „Föderalistischen Briefen“ an den Europäischen Konvent (und später an die Regierungskonferenz) und ihren Pressemitteilungen hat die UEF ihren Standpunkt in Bezug auf verschiedene Aspekte der Europapolitik dargestellt.

Die Anhörung der Zivilgesellschaft am 24. und 25. Juni 2002 war ein Signal der Einbindung der Zivilgesellschaft in die Arbeiten des Konvents: Vertreter der Organisationen der Zivilgesellschaft konnten beim Europäischen Konvent ihre Vorschläge und Visionen der Zukunft Europas vorbringen. Fernand Herman, UEF-Vorstandsmitglied und ehemaliger Europaabgeordneter, präsentierte den politischen Entscheidungsträgern die Standpunkte der europäischen Bürger und Bürgerinnen und warb für mehr Demokratie, Effizienz und eine gestärkte Kommission sowie mehr Einfluss für das Europäische Parlament.

Die Föderalisten waren zwar mit dem vom Konvent verabschiedeten Entwurf für eine Verfassung für Europa nicht in jeder Hinsicht zufrieden, dennoch unterstützten sie die Vorlage als einen wichtigen Schritt in Richtung eines föderalen und demokratischen Europa. Sie setzten sich für die Ratifizierung ein. Diese sollte auf der Grundlage eines europaweiten Referendums stattfinden, wobei die Verfassung dann angenommen sein sollte, wenn sie von der Mehrheit der Mitgliedstaaten und zugleich von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt würden.

Das Verfassungsprojekt ist bekanntlich an negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert. Nach einer längeren Phase der Reflexion einigten sich die Regierungen in einer erneuten Regierungskonferenz auf die Übernahme wesentlicher Elemente aus dem

Verfassungsvertrag in dem später so bezeichneten Vertrag von Lissabon. Der Verfassungsgedanke selbst wurde jedoch nicht übernommen.

Aus Sicht der UEF bringt dieser Vertrag von Lissabon somit erneut Fortschritte in Richtung auf mehr Handlungsfähigkeit und Demokratie in der EU. Doch ist der Kampf für eine demokratische europäische Föderation damit keineswegs beendet.

### **5. Fazit – Die Rolle der UEF nach 60 Jahren**

Wie der vorstehende Überblick zeigt, haben die Europäischen Föderalisten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges den europäischen Einigungsprozess intensiv begleitet. Sie konnten dabei in vierfacher Hinsicht eine wichtige Rolle spielen:

- *Ideengeber*: Zum Einen brachten sie immer wieder neue Ideen für die Fortführung des europäischen Einigungsprozesses ein.
- *Treibende Kraft bei der Mobilisierung*: Die Europäischen Föderalisten organisierten Kampagnen und Demonstrationen und sammelten Unterschriften, um den Einigungsprozess voranzutreiben.
- *Gesprächsforum zum Meinungs austausch*: Von großer Bedeutung war und ist daneben auch die Funktion, dass sie immer wieder Gleichgesinnte zusammenbringen, um sie zu motivieren. Vertreter der Politik, der Verwaltung und auch der Medien, die vom Grundsatz her das Ziel der europäischen Einigung unterstützen, finden hier Rückhalt und werden darin bestärkt, in ihrem Einsatz für das geeinte Europa nicht nachzulassen.
- *Ansprechpartner für europäische Institutionen*: Hinzugekommen ist in den letzten Jahren zunehmend auch die Funktion eines wichtigen Ansprechpartners vor allem der Europäischen Kommission zur Koordination der Aktivitäten der Zivilgesellschaft. Die Kommission hat zunehmend deutlicher erkannt, dass die EU in der Gefahr steht, den Kontakt zu ihren Bürgerinnen und Bürgern zu verlieren. Deshalb wurde unter der Federführung von Kommissarin Margot Wallström ein „Plan D wie Demokratie, Dialog und Diskussion“ ausgearbeitet. In diesem Rahmen werden Diskussionsrunden mit Vertretern der europäischen Institutionen durchgeführt. Dabei übernimmt die Europä-

ische Bewegung sowohl auf der EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten vielfach eine koordinierende Rolle.

Bei der Gesamtbilanz ist auch darauf hinzuweisen, dass die Unterstützung für die Europäische Bewegung in der Bevölkerung in den zurückliegenden Jahren zum Teil darunter gelitten hat, dass die meisten der Ziele der Gründungszeit heute weitgehend erreicht sind. Das für die Gründungsgeneration vorrangige Motiv der Kriegsverhinderung in Europa ist für Jugendliche heute Selbstverständlichkeit. Auch sind die offenen Grenzen zwischen den EU-Staaten Wirklichkeit. Die Menschen verfügen über eine gemeinsame Währung. Europa sitzt, so hat es Werner Weidenfeld einmal treffend beschrieben - in der Erfolgsfalle.

Dabei ist es sicherlich auch von Bedeutung, dass das Interesse einer dauerhaften Mitgliedschaft in politischen Organisationen insgesamt erkennbar zurück gegangen ist. Dies gilt vor allem für die jüngere Generation. Die Europäische Bewegung hat darauf reagiert, indem sie ihre Angebote entsprechend verändert hat. Heute wird das Internet verstärkt als Medium der Kommunikation genutzt und entsprechende Angebote online bereitstellt. Zudem werden Reisen in die europäischen Hauptstädte und Partnerschaftstreffen mit Gleichgesinnten in anderen EU-Staaten organisiert. Besonders groß ist dabei das Interesse an den neuen EU-Staaten.

Die Europäische Union braucht das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Personen wie Altiero Spinelli, John Pinder, Jo Leinen und auch Claus Schöndube haben die Menschen immer wieder mit ihren klaren Vorstellungen und zukunftsweisenden Visionen für den europäischen Einigungsgedanken begeistert. Besonders in Krisenzeiten wird deutlich erkennbar, dass die EU in der Gefahr steht, den Kontakt zu den Menschen zu verlieren. Insofern sind die Europäischen Föderalisten unverzichtbare Ansprechpartner, kritische Wegbegleiter und Vordenker des europäischen Einigungsprozesses.